

EVG-Vertrages und des Bonner Generalvertrages gefügig zu machen. Da infolge des Widerstandes der Volksmassen die Schaffung der westdeutschen Armee und der Übergang zur Rüstungswirtschaft sich um mehrere Jahre verzögerten, nutzten die westdeutschen Monopolisten einen Teil der Mittel, die für die Aufrüstung bestimmt waren, aus, um durch umfangreiche Investitionen und rücksichtslose Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse zusätzliche Riesenprofite zu machen und auf dem kapitalistischen Weltmarkt vorzustoßen.

Zunächst einige Tatsachen, die die rücksichtslose Ausbeutung der westdeutschen Werktätigen beweisen:

Die Leistung der Arbeiter je Arbeitsstunde stieg seit 1949 ganz enorm. Vor allem in den vom USA-Kapital beherrschten monopolisierten Industriezweigen ist die Arbeitshetze vorangetrieben worden. Gegenüber 1936 stieg das Produktionsergebnis je Arbeitsstunde in der Chemie um 49,5 Prozent, in der Elektrotechnik um 24,9 Prozent, in der Erdöl- und Mineralverarbeitung um 48,8 Prozent, im Fahrzeugbau um 21,9 Prozent. Zum Zweck der systematischen Erhöhung der Arbeitsintensität wurden Dutzende von Untemehrerorganen geschaffen, darunter das „Rationalisierungs-Kuratorium der deutschen Wirtschaft“ (RKW), der REFA-Verband, die „Arbeitsgemeinschaft deutscher Betriebsingenieure“ (ADB), der „Ausschuß für wirtschaftliche Fertigung“ (AWF), das „Forschungsinstitut für Arbeitspsychologie und Personalwesen“ (FORFA) und viele andere.

Parallel mit der verschärften Arbeitshetze nehmen die Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten ständig zu. Die Arbeitsunfälle wuchsen von 879 000 im Jahre 1950 auf 1 232 000 im Jahre 1953, die Erkrankungen an Berufskrankheiten im gleichen Zeitraum von 35 000 auf 53 000.

Die mittelbare und unmittelbare Lohnsenkung ist neben der verschärften Antreiberei zu einer der ergiebigsten Quellen für die steigenden Profite der Unternehmer geworden. Unter Berücksichtigung der hohen Preise in Westdeutschland liegt das von den westdeutschen Gewerkschaften errechnete Existenzminimum bei 336 Mark netto im Monat, was einem Bruttoverdienst von 421 Mark entspricht. Aber mehr als 60 Prozent der Arbeiter und Arbeiterinnen Westdeutschlands erreichen diese Summe bei weitem nicht, leben also unter dem Existenzminimum.

Demgegenüber ist nach Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaft-